

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

1.4.1908 (No. 105)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 1. April.

№ 105.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

1908.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“
für das
II. Quartal
nimmt jede Postanstalt entgegen.
Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Die Mittelmeerfahrt des Kaiserpaars.

(Telegramme.)

Der Abschied von Venedig.

Venedig, 30. März. Die „Hohenzollern“ mit dem Kaiserpaar, dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Viktoria Luise an Bord ist unter Donner der Geschütze der italienischen Kriegsschiffe und begeisterten Kundgebungen der Einwohnergesellschaft gestern nachmittags 2 Uhr in See gegangen. Die Abfahrt der „Hohenzollern“, die bei herrlichem Frühlingswetter erfolgte, bot ein prächtiges Schauspiel, das die kaiserliche Familie von der Kommandobrücke aus betrachtete. Vom Ufer, von den Balkons der Hotels und Paläste, von Gondeln, Motorbooten und Dampfbooten aus begrüßte eine große Menschenmenge die Majestäten auf dem anfangs langsam dahingleitenden Schiff. Als die kaiserliche Yacht den Giardino Pubblico erreichte, brachen die Mannschaften der italienischen Kriegsschiffe in laute Hurraufe aus; die Musik des Kreuzers „Barete“ spielte die deutsche Hymne. Der „Hohenzollern“ folgten der deutsche Kreuzer „Gamburg“ und die italienischen Torpedobootsartillerie „Ostro“, „Dardo“, „Frecia“ und „Stale“, die das Ehrengeleit geben, während das Begleitgeschiff für die italienischen Gewässer, der Panzerkreuzer „Francesco Ferruccio“, die Spitze bildete.

Venedig, 31. März. Am 30. März, vormittags 10 Uhr, erschien ganz unerwartet Fürst Nikolaus von Montenegro an Bord der „Hohenzollern“. Er war von St. Petersburg, wohin er sich begeben hatte, am 27. März direkt nach Triest gefahren und von dort nach Venedig. Der Kaiser begrüßte ihn mit großer Herzlichkeit und blieb 20 Minuten mit ihm allein. Dann stellte er den Fürsten seiner Familie vor. Der Fürst verließ die Kaiserjacht um 11 Uhr vormittags.

London, 31. März. Aus Malta wird gemeldet, daß die Linienfahrtschiffe „Formidabile“ und „Inferibile“ am 3. April von Malta nach Korfu abgehen sollen, wo sie wahrscheinlich bei der Ankunft des Kaisers zugegen sind.

Oberbürgermeister Dr. Otto Beck †

S. Mannheim, 31. März.

Heute früh verbreitete sich durch die ganze Stadt die tief-schmerzliche Trauerkunde, daß gestern Abend Oberbürgermeister Dr. Beck plötzlich an einem Herzschlage verschieden ist. Die Nachricht wirkte in allen Kreisen der Bürgerschaft wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Wohl wußte man, daß die Gesundheit des Stadtoberhauptes seit vorigem Jahre nicht mehr die allerbeste war, aber ein so schnelles Ende hatte doch niemand erwartet, weil die Symptome eines Herzleidens, die sich seit längerer Zeit stärker bemerkbar machten, doch noch keinen Anlaß zu so weitgehenden Befürchtungen gaben. Seit 14 Tagen war der Heimgegangene an das Zimmer gefesselt, was ihn aber nicht hinderte, die laufenden Arbeiten mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit weiter zu erledigen. Am Sonntag besuchte er noch das Theater. Auch am folgenden Tage machten sich seine besonders bedenklichen Anzeichen bemerkbar. In heiterster Stimmung verbrachte er noch am Abend einige Zeit mit dem zärtlich geliebten, vierjährigen Enkel, dem Söhnchen des Fabrikanten Mohr. Es war gegen 10 Uhr. Der Heimgegangene saß im Wohnzimmer in Gesellschaft seiner Gattin und machte sich Notizen für seine einleitende Budgetrede. Gerade war eine humoristische Wendung zu Papier gebracht, als er kurz vor 11 Uhr plötzlich aufsprang, einige Worte stammelte und dann bewußtlos auf den Sessel zurückfiel. Nach kaum einer Minute trat der Tod ein.

Dr. Beck hat ein Alter von nur 62 Jahren erreicht. Er ist ein frühes Opfer seiner Arbeit geworden, der Arbeit im Dienste der Stadt, die ihn im Jahre 1891 an ihre Spitze berufen hatte. Wenn ein späterer Geschichtsschreiber die Geschichte Mannheims um die Wende des 19. Jahrhunderts schildert, wird er in der imponierenden Gestalt des Oberbürgermeisters Dr. Beck gewissermaßen das Wahrzeichen dieser ganzen Epoche des gewaltigen Aufblühens und der machtvollen Entwicklung unserer Stadt erblicken. In verhältnismäßig kleinen und bescheidenen Grenzen hatte sich bis in die Mitte der 80er Jahre hinein das kommunale Leben in Mannheim bewegt. Die großen Fragen, die in manchen anderen gewaltig emporsprossenden deutschen Städten schon früher akut geworden waren, traten erst jetzt in Mannheim in den Vordergrund und erhellten dringende Lösung. Zu jener Zeit fand eine ganze

Umwälzung in der Stadtverwaltung statt, und als dann auch das Amt des Oberbürgermeisters infolge des Altersrück-sichtlichen erfolgten Rücktritts des hochverdienten Herrn Eduard Koll neu zu besetzen war, da bildete die wichtigste und für die Zukunft bedeutsamste Frage die Neuwahl unseres Stadtoberhauptes. Damals wurde, wie zuverlässig berichtet worden ist, von einer der maßgebendsten Stellen unseres Landes erklärt, daß man gegenwärtig in Baden über zwei Verwaltungsbeamte verfüge, welche sich durch eminente Tüchtigkeit und besonders hohe Intelligenz auszeichneten, und einer von diesen beiden sei der kassator Oberamtmann Otto Beck. Zugleich wurde damals versichert, daß Otto Beck zur Berufung ins Ministerium in Aussicht genommen sei, und daß diese Berufung demnächst erfolgen werde, falls er nicht an die Spitze der Mannheimer Stadtverwaltung gestellt werden sollte. Rasch führten seinerzeit die Verhandlungen unter Führung des damaligen Obmanns des Bürgerausschusses, des Herrn Geh. Kommerzienrat Philipp Dittens, zum Ziele und am 16. Oktober 1891 konnte die Wahl des Herrn Otto Beck zum Oberbürgermeister der Stadt Mannheim vorgenommen werden. Unvergessen wird den Teilnehmern der tiefe Eindruck sein, den das erste Auftreten des neugewählten Stadtoberhauptes in jener denkwürdigen Saalbauversammlung machte, die kurz nach der Wahl Otto Beck zu unserem Stadtoberhaupt stattfand. In dieser Versammlung, welche den Saalbauaal bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, sprach Otto Beck erstmals zu den Mannheimer Bürgern und eroberte mit seiner hinreißenden Beredsamkeit, die ihn schon damals auszeichnete, sofort die Herzen der Mannheimer. In jener Versammlung gelobte der neue Oberbürgermeister feierlich, daß er in Zukunft nur ein Ziel kenne: die Förderung und Wahrnehmung der Interessen der Stadt Mannheim; er gelobte ferner, daß er sein wolle ein Vertrauensmann der Bürger und daß er keinen Unterschied kennen werde zwischen den einzelnen Ständen und Konfessionen. Treu und unerschütterlich hat Otto Beck dieses Gelöbniß gehalten und nie ist er von ihm abgewichen. Ueberblickt man heute die beinahe 17jährige Tätigkeit Otto Beck's als Oberbürgermeister unserer Stadt, so findet man auf allen Gebieten des kommunalen Lebens ein gewaltiges Emporblühen, ein emsiges Schaffen und ein unermüdeliches Ringen. Reich waren die Erfolge, welche durch diese aufreibende Arbeit im Dienste der Stadt unser früheriger Oberbürgermeister erringen konnte. Weit haben sich die Grenzen unseres Gemeinwesens geböhnt und noch große, der Initiative des Verbliebenen entstandene Projekte harrten der baldigen Lösung. Die Amtszeit Otto Beck's als Stadtoberhaupt von Mannheim wird am besten gekennzeichnet durch den Umstand, daß in ihr stattfand der Uebergang von einer kleinstädtigen Großstadt, ferner der Uebergang von einer fast reinen Handelsstadt zu einem Handels- und Industriezentrum, das heute als der industrielle Knotenpunkt Süddeutschlands gelten kann.

Mannheims Bürger können mit Stolz sagen, daß ihr Gemeinwesen auf der Höhe der Zeit steht, daß es nirgends zurückgeblieben ist, und daß es nur gilt, in den Bahnen, die Dr. Beck geöffnet und zum Ruhm und zu Ehren unserer Stadt beschritten hat, weiter zu wandeln, um unser Gemeinwesen auch fernerhin einer erspriesslichen und gedeihlichen Zukunft entgegenzuführen. Otto Beck war nicht nur ein maßergültiger, bahnbrechender Leiter der Geschicke unserer Stadt, sondern er hat auch das Gelöbniß erfüllt, daß er ein Vertrauensmann der Bürger sein wolle. Vom ersten Tage seiner Amtsführung bis zu seinem letzten Lebensstage stand er jederzeit den Bürgern mit Rat und Tat zur Seite, hatte für ihre Wünsche und ihre Beschwerden stets ein offenes Ohr und ein warmes, mitfühlendes Herz. Wir glauben nicht, daß es heute in Mannheim jemand gibt, der sagen kann, daß er vergeblich an die Türe des Oberbürgermeisters Beck geklopft oder daß er bei ihm nicht den erwarteten Schutz, die erhoffte Hilfe gefunden habe. Tauchte irgend eine für unsere Stadt wichtige und bedeutungsvolle Frage auf und wußte man, daß Otto Beck sich mit ihr befaßte, dann war die Ueberzeugung, daß diese Frage zum Besten der Stadt gelöst werden würde, allgemein und unerschütterlich und sie kam in den Worten: „Unser Beck wird es schon machen!“ treffend zum Ausdruck. Oberbürgermeister Beck trat immer auch außeramtlich mit der Bürgerschaft gern und viel in Verbindung und suchte den Verkehr mit allen Schichten der Bevölkerung. Fast überall, wo von einem Kreis von Bürgern eine Feier oder ein sonstiges Unternehmen veranstaltet wurde, war Oberbürgermeister Beck zu sehen. So stand er während seiner ganzen Amtszeit mitten unter der Bürgerschaft, fühlte sich eins mit ihr und die Bürgerschaft mit ihm.

Trotz der schwer drückenden Arbeitslast, die auf den Schultern unseres Stadtoberhauptes ruhte, fand Oberbürgermeister Beck doch noch Zeit, die Pflichten in gewissenhaftester und vorzüglicher Weise auszufüllen, die ihm seine vor etwa drei

Jahren erfolgte Berufung in die Erste badische Kammer auferlegte. Rasch gewann er sich dort hohes Ansehen und großen Einfluß. Bei Beginn der diesmaligen Landtagsession legte Otto Beck sein Mandat für die Erste badische Kammer nieder, um sich ganz seinem Oberbürgermeisterberufe zu widmen, denn der Kreis der zur Lösung drängenden Aufgaben hätte sich gerade in den letzten Monaten so erweitert, daß Otto Beck es für seine Pflicht hielt, jedweder anderen Tätigkeit, die nicht der Wahrnehmung der Interessen der Stadt diene, zu entsagen.

In frischer Erinnerung sind noch die mannigfachen wohlverdienten Ehrungen, die dem hochverdienten Manne anlässlich des Stadtjubiläums zuteil wurden. Mit besonderer Freude erfüllte ihn damals die Ernennung zum Ehrendoktor der Universität Heidelberg. Was Dr. Beck in den Jahren seiner Amtsführung für die Stadt Mannheim geleistet hat, läßt sich nicht mit wenigen Worten schildern. Außergewöhnliche Intelligenz paarte sich mit zäher Energie, unermüdelicher Schaffenskraft und weiser Voraussicht. Sein weitausschauender Blick sah die Entwicklung der Stadt auf Jahrzehnte voraus.

An der Waise trauern außer der Witwe zwei Söhne und zwei Töchter. Der älteste Sohn ist Assistenzarzt am Kathologischen Institut in Heidelberg, der jüngere studiert Jura in Freiburg. Die älteste Tochter ist seit kurzem mit dem früheren Beigeordneten der Stadt Köln und jetzigen Direktor der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft, Herrn Dr. Hesse, die jüngere Tochter seit einigen Jahren mit Herrn Fabrikant Mohr verheiratet. Die Beerdigung des Oberbürgermeisters findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr statt.

Zum Besuch des Fürsten Bülow in Wien.

(Telegramme.)

Wien, 31. März. Fürst Bülow ist gestern Abend nach Berlin zurückgekehrt.

Wien, 31. März. Der zweitägige Besuch des Fürsten Bülow ist, so schreibt die „Pol. Corresp.“, in mehrfacher Hinsicht als ein belangreiches Ereignis zu würdigen. Man mußte allgemein den Eindruck empfangen, daß das Erscheinen des Reichskanzlers in Wien abermals die Innigkeit der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehenden Beziehungen zur Anschauung bringe. Es kann niemand die Wichtigkeit des Aufstandes übersehen, daß die beiden Staatsmänner Gelegenheit erhielten, besondere internationale Vorgänge der jüngsten Zeit und die Stellungnahme der beiden Mächte zu den zuletzt aufgeworfenen Fragen in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen. Zu den Momenten, die die Bedeutung dieser Begegnung erhöhen, gehört, das vorhergehende Zusammenreffen des Deutschen Kaisers mit dem Könige von Italien und die demnächst zu erwartende Reise des Reichskanzlers nach Rom.

Wie von berufener Seite mitgeteilt wird, hat dem deutschen Reichskanzler zu besonderer Genugtuung gereicht, daß ihm die Möglichkeit gegeben war, dem Kaiser Franz Josef seine Verehrung zu bezeugen. Der Reichskanzler sprach seine Freude über das gute Aussehen und der Frische des Monarchen aus, die er bei der Audienz wahrgenommen habe; er äußerte sich ferner über seine Audienz bei dem Erzherzog Franz Ferdinand und über die mit dem Minister von Aehrenthal gepflogenen Verhandlungen, sowie über den ganzen Verlauf seines Besuchs in Wien mit großer Befriedigung.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 30. März.

Abg. v. Verken (losg.) erklärte, seine Partei stimme für den Antrag Liebermann (die in dem Etat für Ostasien in zweiter Lesung getrichtene aktive Stabsoffiziersstelle in dem Militär-etat einzustellen und dafür die im Etat für Ostasien bewilligte aktive Offiziersstelle beim Kriegsministerium wieder zu streichen).

Abg. Erzberger (Zentr.) betonte, werde der Antrag Liebermann angenommen, so werde er bei jeder Gelegenheit diesen Präzedenzfall vorhalten. Die Bemerkungen, die der Vertreter des Kriegsministeriums über die Arme- und Munitionslieferungen gemacht habe, träfen die Sache nicht. Immer werde betont, es müßten leistungsfähige Firmen sein.

Generalleutnant Sigt v. Armin sagte eine Unterfuchung der von Czarlinski vorgebrachten Fälle zu (betreffend ausgeübten Gewissenszwang auf polnische Soldaten).

Abg. Pagemann (natl.) beklagte, daß die Gewehrfabriken in Suhl seit langem von der Militärverwaltung nicht beschäftigt werden.

Abg. Scheidemann (Soz.) stimmte den Resolutionen, die sich auf die Militärlieferungsverträge beziehen, zu, und verlangte, daß die gemeinen Soldaten einen höheren Sold erhalten. Redner besprach dann Ueberanstrengungen von Soldaten bei den Truppenübungen, so in der Senne in Weiffalen im Jahre 1906, sowie die groben Schimpfworte von Offizieren gegen die Soldaten.

Generalleutnant Sigt v. Armin erklärte die Berichte der sozialdemokratischen Blätter über die erwähnten Truppen-

übungen für maßlos übertrieben. Er habe hier Zeugnisse von Mannschaften, daß die Offiziere bemüht gewesen seien, den Dienst der Mannschaften zu erleichtern.

Abg. v. Treuenfels (konf.) hat um eine Vermehrung der Kontrollplätze.

Abg. Werner (Reform.) dankt der Militärverwaltung dafür, daß bei der Vergabung von Lieferungen auch kleinere Lieferanten berücksichtigt wurden.

Gegenüber Beschwerden über eine ungleiche Verteilung der Garnisonen auf die thüringischen Herzogtümer sagt Generalleutnant Sigt v. Armin gewissenhafte Prüfung der Wünsche zu.

Abg. Gröber (Zentr.) fordert gleiche Behandlung für alle Konfessionen im Heere.

Abg. Zubeil (Soz.) hält das Beschwerderecht der Mannschaften für unzureichend.

Abg. Scheidemann (Soz.) meint, Sigt v. Armin habe die Beschwerden über die Behandlung der Mannschaften bei den Übungen in der Sonne nicht entkräftet.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Etat Gehalt des Kriegsministers bewilligt.

Die Abstimmung über den Antrag Liebermann ergibt Beschlußunfähigkeit des Hauses. Der Präsident ordnet die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung fragte bei den Ausgaben für das Artillerie- und Waffenwesen Abg. Böhle (Soz.) an, ob die den Arbeiter des Artilleriedepots in Straßburg versprochene Lohnerhöhung nachgezahlt wurde. Er werde das zu Gebote stehende Material der Heeresverwaltung zugänglich machen.

Generalleutnant Sigt v. Armin antwortete, er werde das Material bewerten und prüfen, was an den Angaben des Vorredners richtig sei. Ein Interesse, irgend etwas in den Militärinstituten zu verbessern, habe er nicht.

Alsdann wurde der Rest des Militäretats bewilligt.

Beim Etat des „Reichsmilitärgerichts“ entgegnete auf eine Beschwerde über allzu harte Bestrafung eines Angehörigen der Schutztruppe General Linde, daß der Fall sich zu einer Zeit ereignete, wo noch der Kriegszustand herrschte.

Der Etat wurde bewilligt, ebenso der Marineetat.

Beim Etat der „Reichsjustizverwaltung“ besprach Abg. Wassermann (natl.) die Lage der Vorarbeiten für eine Reform des deutschen Strafrechts und erörterte insbesondere die Frage einer besonderen Strafgesetzgebung für Jugendliche. Man solle den diesbezüglichen Entwurf zum Abschluß bringen und ihn im Laufe des Sommers veröffentlichen.

Staatssekretär Dr. Nieberding führte aus: In der letzten Zeit sei eine Steigerung der Kriminalität der Jugendlichen, wie er in der zweiten Lesung zugegeben, nicht eingetreten. Der Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung liege dem preussischen Staatsministerium vor. Er wisse nicht, wie weit die Prüfung bei der preussischen Verwaltung gediehen sei. Er habe keine Veranlassung, anzunehmen, daß dabei eine Verzögerung eintrete. Es werde also möglich sein, im nächsten Winter die Vorlage an den Reichstag zu bringen. Was die Forderung betreffend die Novelle zum Strafgesetzbuch anbelange, so würden die Vorarbeiten für ein neues Strafgesetzbuch noch einige Zeit erfordern. Aber so lange, wie der Vorredner annehme, werde es nicht dauern. Nach dem Strafprozeß werde auch der Strafvollzug und seine reichsgesetzliche Regelung an die Reihe kommen.

Nunmehr erfolgte die Abstimmung über den Antrag Liebermann zum Militäretat. Der Antrag wurde mit 132 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

In der fortgesetzten Beratung des Justizetats begründete Kirsch (Zentr.) seinen Antrag, eine schnelle Reform der Vorschriften über das Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug in Beziehung auf jugendliche Personen in die Wege zu leiten. Dieser Antrag sei bestimmter, als die Resolution Wassermann.

Abg. Müller-Meinungen (freif. Vgg.) sprach sich für beide Resolutionen aus und wandte sich dann gegen die Angriffe Koerens gegen ihn in der zweiten Lesung. In der letzten Zeit sei eine Verschärfung der Gegensätze zwischen dem Zentrum und seiner Partei eingetreten. Es wäre eine tendenziöse Hebe gegen bestimmte Gerichte seitens eines Teiles der Zentrumsprelle getrieben worden. Die Einsetzung einer Sachverständigenkommission für literarische u. s. w. Kunstwerke sei notwendig. Daß Deutschland an der Spitze der pornographischen Produktion stehe, sei falsch. Deutschland habe in der graphischen Kunst Bedeutendes geleistet, und die graphische Kunst sei zu popularisieren. Koerens habe Unrecht, wenn er ihm, dem Redner vorgeworfen habe, keine positiven Vorschläge zur Hebung der Sittlichkeit gemacht zu haben. Gegen den Schmutz kämpft auch seine Partei an.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf abends 8 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr.

Abendigung.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 Minuten.

Bei der fortgesetzten Etatsberatung beim Reichsjustizetat beschwert sich Abg. Zubeil (Soz.) über gesundheitschädliche Beschäftigung der Strafgefangenen.

Staatssekretär Dr. Nieberding verspricht, der Beschwerde nachzugehen. Auch auf die Gesundheit der Gefangenen müsse Rücksicht genommen werden.

Abg. Böhl (natl.) pflichtet Koerens bei, der im preussischen Abgeordnetenhaus in der Verurteilung des Schmutzes in Wort und Bild durchaus das Richtige getroffen hätte. Die gesetzliche Regelung der Prostituiertenfrage dürfe nicht länger hinausgeschoben werden. In außerdeutschen Staaten sei man der Lösung der Frage im modernen Sinne bereits nahe getreten.

Abg. Koerens (Zentr.) polemisiert gegen Müller-Meinungen. Deutschland marschiere leider tatsächlich an der Spitze der pornographischen Industrie. Müller von der Werra mit Müller-Meinungen in eine Parallele zu stellen, sei ihm nicht eingefallen. Wenn letzterer das behauptet, so könne man daran seine übergroße Bescheidenheit erkennen. Angeregt von dem schönen Beispiel habe er auch zu dichten versucht: Wer andere tut verfluchen, der setzt sich in die Pfanne. Drum lieber Dichter Müller, werd für die Zukunft stiller! (Schallende Heiterkeit und laute Bravorufe.)

Abg. Müller-Meinungen (freif. Vp.): Mit den vom Abg. Koerens vorgetragenen Fragen sei er durchaus einverstanden. In dem Gedicht des Abg. Koerens werde von Denunziation gesprochen. Er freue sich, daß die „Germania“ ihn verklagt habe. Er habe den Abg. Gröber nicht bei der Presse denunziert. Er erkläre jeden, der ihn der Denunziation beschuldige, für einen Verleumder und Ehrabschneider und sei bereit, das jederzeit außerhalb des Hauses zu wiederholen. Mit Herrn Koerens freite er sich immer noch um das ominöse Schwein: Herr Koerens vom Rhein, träumt nur noch vom Schwein; Das ist ja ein Graus, Das hält ja selbst der stärkste Magen nicht aus. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Koerens (Zentr.), über Herrn Müllers Sittlichkeitsgefühl rede er nicht, da habe jeder mit sich selbst zu tun. (Sehr richtig! links.) Er glaube, das Wiesbadener Saugedicht sei Müllers letztes Produkt gewesen. Jetzt bekomme er allerdings auch Lust zum dichten.

Abg. Stadthagen (Soz.) mit großem Hallo empfangen, bringt nochmals den Fall Liebknecht zur Sprache.

Staatssekretär Dr. Nieberding protestiert entschieden gegen den Vorwurf, als ob die Anstellung der Richter von ihrer politischen Gesinnung abhängig sei.

Der Etat wird dann bewilligt. Ohne Debatte passiert der Etat des Reichsfinanzamtes, der Etat für die Schutzgebiete Ostafrika, Kamerun, Togo, Südwestafrika, Neu-Guinea, Karolinen, Samoa und Neufundland.

Beim Etat Reichskolonialamt sagt Abg. v. Treuenfels (konf.), er habe nicht die Sozialdemokratie unerbittlich beschuldigt, die Truppen in Südwestafrika beschimpft zu haben. Zeugnis legten dafür die vielfachen Verurteilungen sozialdemokratischer Redakteure ab.

Abg. Eichhorn (Soz.) wiederholt, seine Partei habe die Soldaten nie beschimpft. Die Gerichtsurteile seien kein Beweis.

Der Kolonialetat wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die Etats des Reichsfinanzamtes, des Reichsschatzungsamtes, des Reichsrechnungshofes, des Allgemeinen Pensionsfonds und des Allgemeinen Invalidenfonds.

Beim Etat Reichspostverwaltung wird auf Antrag Singer (Soz.) ein Antrag auf Osmarzenzulage zurückgestellt.

Beim Postetat werden eine Reihe lokaler Wünsche geäußert. Gegenüber dem Abg. Lutz (Reichsp.), der bemängelt hatte, daß über die Auslieferung überseeischer Pakete jeder Nachweis fehle, bemerkt der Staatssekretär Kräfte, daß Verluste tatsächlich sehr selten seien. Nach weiteren Erörterungen wird der Etat bewilligt, ebenso die Etats der Reichsdruckerei, der Verwaltung der Reichseisenbahnen und der Expedition nach Ostasien.

Beim Hauptetat vertritt sich Abg. Köhne (konf.) gegen den Vorwurf des Abg. Südekum, daß er die Angelegenheit des Branntweinsteuererlasses in der Kommission bis zum „Sanft Nimmerlestage“ hinausgeschoben wolle.

Der Hauptetat wird bewilligt.

Beim Etatsgesetz tritt Abg. Wassermann (natl.) für die Freizügigkeit der Privatnotenbanken, besonders im Interesse der süddeutschen Notenbanken, ein.

Das Etatsgesetz wird genehmigt. Schließlich wird in der Gesamtberatung der Etat im ganzen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen bewilligt. Damit ist die Etatsberatung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag, nachmittags 1 Uhr: Gesetz über Hilfsmittelglieder beim Patentamt, Ergänzungsetat, Novelle zum Münzgesetz. Schluß gegen halb 12 Uhr abends.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 31. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Nach Erledigung von Rechnungssachen folgt die Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Beschäftigung von Hilfsmitgliedern des kaiserlichen Patentamts.

Nach kurzer Erörterung wird der Gesetzentwurf in erster Lesung und sodann in zweiter Lesung mit der Abänderung angenommen, daß die Geltung des Entwurfs bis zum 31. März 1911 dauern soll.

Es folgt dann die erste Lesung des Poststempelgesetzes.

Staatssekretär Kräfte begründet die Vorlage und empfiehlt ihre Annahme. Im Jahre 1899 habe dem Hause bereits ein solcher Entwurf vorgelegen, doch sei die Vorlage damals nicht zur Beratschlagung gelangt, weil man befürchtete, daß die Sparkassen und die landwirtschaftlichen Kreditanstalten dadurch Nachteile hätten. Die jetzige Vorlage lasse die Verzinsung fallen und mähige die Gebühren wesentlich.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß die Abstimmung über den Antrag Gamp und über den Antrag Ablass betr. die Osmarzenzulage namentlich sein werde.

Abg. Köhne (Vd. d. Bdw.) hebt die Bedenken hervor, die ein großer Teil seiner Freunde gegen die Poststempelvorlage haben. Die landlichen Sparkassen würden geschädigt. Die Verhältnisse Oesterreich-Ungarns seien auf Deutschland nicht zu übertragen.

Abg. Singer (Soz.) bringt die Bedenken seiner Partei vor, daß die Gebühren für den Scheckverkehr nicht durch Gesetz geregelt werden sollen. Er beantragt Verweisung an die Budgetkommission.

Abg. Weber (natl.) hält die Vorlage für einen durchaus gangbaren Weg. Ein Scheckgesetz selbst abzuwarten, habe keinen Zweck, weil dieses Gesetz mit dem Poststempelverkehr an sich nichts zu tun habe. Redner empfiehlt Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Nach weiteren Ausführungen wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Münzgesetz.

* Berlin, 30. März. Im Reichstage brachten die Abg. Grégoire und Genossen eine Resolution ein, welche den Reichskanzler ersucht, bei der elsass-lothringischen Regierung dahin zu wirken, daß in Elsass-Lothringen dem Landesauschuss sofort ein Gesetzentwurf unterbreitet wird, durch welchen in Elsass-Lothringen für Vereine und Versammlungen aller Art der Mißbrauch der französischen Sprache im französischen Sprachgebiet gestoppt wird.

Der Zwischenfall Tower-Hill.

Der Kaiserliche Botschafter in Washington ist ermächtigt worden, dem Präsidenten Roosevelt folgende Erklärung abzugeben:

Die bisherigen Darstellungen des James Hill in der ausländischen Presse gehen von der irrigen Auffassung aus, daß in Berlin beabsichtigt sei, das bereits im vorigen Jahre erteilte Aqrement für Mr. Hill zu widerrufen. Hieran ist niemals gedacht worden. Nachträglich waren allerdings Zweifel darüber entstanden, ob sich Mr. Hill auf dem Berliner Posten wohlfühlen würde; diese sind jedoch behoben worden, so daß der Entsendung des Mr. Hill auf den Berliner Botschafterposten durchaus nichts im Wege steht, und er nach wie vor ebenso wie jeder andere einwandfreie Vertreter, den der Prä-

sident Roosevelt empfohlen hätte, in Berlin willkommen ist. Es kann nur bestätigt werden, daß der Botschafter Mr. Tower in dieser Angelegenheit in keinem Augenblick von der Linie streng loyalen und korrekten Verhaltens gegenüber seiner und der Kaiserlichen Regierung abgewichen ist.

Durch diese Erklärung wird zunächst förmlich bestätigt, daß der für den Posten des amerikanischen Botschafters in Berlin in Aussicht genommene Gesandte Hill in Berlin immer persona grata gewesen ist, und von einer Zurücknahme des ursprünglichen Einverständnisses mit seiner Ernennung gar keine Rede sein kann. Wenn davon gesprochen wird, daß gewisse Zweifel gegenüber seiner Ernennung aufgetreten sind, so bezieht sich das offenbar auf ein vertrauliches Gespräch, das nach einem Mahle in der amerikanischen Botschaft zu Berlin stattfand. Hierbei hat es sich jedenfalls nicht um Zweifel an den Fähigkeiten und Gesinnungen des Herrn Hill gehandelt. Das Vertrauen, das auf deutscher Seite zum Präsidenten Roosevelt besteht, läßt es überhaupt nicht zu, derartige Zweifel gegen die von ihm zum Botschafter in Berlin ausgewählte Persönlichkeit aufkommen zu lassen. Man möchte annehmen, daß durch die obenstehende Erklärung der ganze Zwischenfall erledigt ist. Seine Entstehung war nur durch mehrfache Ausplaudereien möglich, die den ganzen Vorgang in ein falsches Licht setzten und aufbauchten. Daß solche Ausplaudereien sich ereignen konnten, ist bedauerlich, da es sich um einen vertraulichen Vorgang handelt. Andererseits ist es gut, daß nun durch eine unabweisende Erklärung der deutschen Regierung weitem Erörterungen der Angelegenheit die Spitze abgebrochen ist.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

* London, 30. März. Unterhaus. Kees (lib.) interpellierte die Regierung, ob die deutsche Regierung von der Tatsache unterrichtet wäre, daß der russische Minister des Auswärtigen eine schriftliche Erklärung des Inhalts abgegeben habe, daß das englisch-russische Abkommen die britischen Rechte im persischen Golf nicht berühre.

Unterstaatssekretär Runciman erwiderte, der Text der Depesche des Staatssekretärs Grey an den britischen Botschafter in St. Petersburg vom 29. August, in der von dieser Erklärung des russischen Ministers Akt genommen wurde, sei der deutschen Regierung zugleich mit dem Text des Abkommens mitgeteilt worden. Staatssekretär Asquith kündigte sodann an, daß das Parlament vom 15. bis 27. April Osterferien haben würde.

Im weiteren Verlaufe begründete Redmond eine von ihm eingebrachte Resolution, in der die Behauptung aufgestellt wird, daß die Lösung des irischen Problems nur erreicht werden könne, wenn Irland in allen irischen Angelegenheiten allein die Legislative und Exekutive ausübe. Percy brachte im Namen der Opposition einen Änderungsantrag ein. Staatssekretär Asquith erklärte, er könne der von Redmond eingebrachten Resolution in ihrer gegenwärtigen Form nicht zustimmen und schlage einen Zusatz vor, wonach die Höchstgewalt in irischen Angelegenheiten bei dem Reichsparlament liegen solle. Er könne seiner Resolution zustimmen, in der es heißt, daß es die Pflicht des gegenwärtigen Parlaments sei, ein legislatives oder exekutives System für Irland zu schaffen, da dies ein großer Vertrauensbruch gegen die Wählerchaft sein werde. Das Problem der nächsten Zukunft werde sein, ein Reichsparlament für Reichsangelegenheiten zu schaffen und sich in den lokalen Angelegenheiten auf die lokale Meinungs- und Verwaltungsmaschinerie zu verlassen.

Schließlich wurde der von Percy eingebrachte Änderungsantrag mit 334 gegen 142 Stimmen abgelehnt und die Resolution Redmond mit dem Zusatzantrag Asquith mit 313 gegen 157 Stimmen angenommen.

* London, 31. März. Oberhaus. Auf verschiedene Anfragen erklärte Unterstaatssekretär Rikmaurice, nach Ansicht der Regierung seien die britischen Interessen im Lande zwischen Bagdad und der persischen Grenze durchaus geschützt. Bei Erörterung des englisch-russischen Uebereinkommens hätte die beiderseitige Diplomatie lediglich eine regere Tätigkeit entfaltet, um zwischen der Türkei und Persien vermitteln zu wirken. Das Parlament habe volle Kenntnis aller zwischen England und Rußland getroffenen Vereinbarungen.

Vom Balkan.

(Telegramme.)

* Rom, 30. März. Der Agensia Stefani zufolge hat heute der russische Botschafter dem Minister des Auswärtigen, Tittoni, ein Memorandum der russischen Regierung, betreffend die mazedonischen Reformen, offiziell überreicht. Tittoni erwiderte, die italienische Regierung nehme alle in der russischen Note enthaltenen Vorschläge an und werde sie unterstützen.

Ebenso hat der russische Botschafter in Paris dem Minister des Auswärtigen, Pichon, eine auf die mazedonischen Angelegenheiten bezügliche Note seiner Regierung überreicht.

* Rom, 30. März. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine halbamtliche Note, in der es heißt, daß die italienische Regierung den russischen Vorschlag über die Balkanfrage mit Befriedigung aufgenommen habe, da zwischen diesem und der Politik Italiens Uebereinstimmung herrsche. Schon in seiner letzten in der Kammer gehaltenen Rede habe Tittoni ein Programm aufgestellt, das mit dem russischen identisch sei, was vermuten lasse, daß bevor die russische Regierung ihre Vorschläge den anderen Mächten offiziell mitgeteilt habe, ein lebhafter Meinungsaustrausch zwischen Rom und St. Petersburg stattgefunden habe. Auf dieser Basis könne eine Einigung um so leichter, da dies England ermögliche, auf den Teil seiner Vorschläge zu verzichten, dem die anderen Mächte nicht zustimmten und die russischen Vorschläge anzunehmen, die der englischen Initiative eine teilweise Genugung gewähren.

* London, 31. März. Die englische Regierung hat, wie Neuter erfährt, von seiner Nacht Antwort auf die Note vom 3. März mit den Vorschlägen Englands bezüglich der mazedonischen Angelegenheiten erhalten. Sie hat auch keine amtliche Kenntnis von einem von Rußland ausgehenden Gegenantrag. Die englische Regierung sei bereit, jeden Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der für die Befriedigung der gegenwärtig unerträglich Lage in Mazedonien vorgebracht werden kann. Der Befürchtung, daß die Einsetzung eines fremden Gouverneurs zu religiösen Unzutuglichkeiten führen könne, sei in der englischen Note Rechnung getragen und zwar

durch die Erklärung, daß ein Mohammedaner durchaus annehmbar für den Gouverneurposten sei.

* **Konstantinopel, 31. März.** Die türkische Kommission für das Studium der Sandtschaftbahn ist jetzt ernannt, sie besteht aus vier militärischen und zwei zivilmilitärischen. Die Arbeiten beginnen im April.

Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramme.)

* **St. Petersburg, 31. März.** In der ganzen vergangenen Nacht fanden in allen Stadtteilen Hausdurchsuchungen statt. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten, besonders in Petersburgs-Ostteil, wo eine neue revolutionäre Organisation entdeckt wurde. Man fand eine große Menge verbotener Bücher, Adressen, Dokumente usw. Unter den Verhafteten befinden sich namentlich viele Frauen.

* **Odesa, 31. März.** Hier fanden gestern abends blutige Zusammenstöße zwischen bewaffneten Banden des sogenannten Bundes des russischen Volkes statt, infolge der Streitigkeiten über die Wahl des Bundespräsidenten.

Marokko.

(Telegramme.)

* **Paris, 31. März.** Aus englischer Quelle wird hierher gemeldet, daß General Liautey wahrscheinlich eine Zusammenkunft mit Mula Faid haben werde, um mit ihm über die Mittel zur Herstellung des Friedens im Schaughediet zu verhandeln.

* **Tanger, 31. März.** In Casablanca sind alle Leichter wieder für die Landung von Kriegsmaterial und Truppen beschlagnahmt, so daß die Handelsdampfer zur Untätigkeit gezwungen sind. Es hat sich eine allgemeine Beschwerde seitens aller Kaufleute erhoben.

* **Nabat, 31. März.** Die Mahalla des Sultans Abdul Afis, von der man glaubte, daß sie nur ein Phantom sei, wurde doch errichtet. Abdul Afis scharte nunmehr mehr als 6000 Mann um sich, die bereit sind abzumarschieren, sobald die Rekruten genügend ausgebildet sind.

Großherzogtum Baden.

* **Karlsruhe, 31. März.**

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin begab sich heute vormittag an den Bahnhof zur Begrüßung Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin von Wales, Höchstwelsche 10 Uhr 53 Min. hier durchreiste.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des Tages die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

** „Die Verunreinigung der Gewässer und die biologische Methode ihrer Untersuchung“ ist der Titel einer von dem außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg Dr. Robert Lauterborn im Auftrag des Großh. Bad. Ministeriums des Innern verfassten Schrift, die in gemeinverständlicher Darstellung das Wichtigste über den bezeichneten Gegenstand zusammenfaßt. Der Verfasser stützt sich hierbei in erster Linie auf die Erfahrungen, die er als Kommissar des Kaiserlichen Gesundheitsamts bei der biologischen Untersuchung des Oberrheins auf der Strecke Basel—Mainz zu sammeln Gelegenheit hatte. Die Arbeit ist zunächst als Leitfaden für die Teilnehmer an den vom Verfasser abzuhaltenen praktischen Lehrkursen gedacht, nach Inhalt und Anlage aber hervorragend geeignet, auch weiteren Kreisen, die der immer brennender werdenden Frage der Gewässerreinigung nicht gleichgültig gegenüberstehen, die Grundlagen, sowie die Leistungsfähigkeit der biologischen Untersuchungsmethode vor Augen zu führen. Die Schrift, die bei der Hofbuchdruckerei von August Lauterborn in Ludwigshafen a. Rh. erschienen ist, wurde zur Verteilung an die in Betracht kommenden badischen Behörden und Beamten amtlich angeschafft.

† Vom 1. April ab sind im Verkehr mit Serbien Maßnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen und Postaufträge bis zum Höchstbetrage von 1000 Franken unter den für den Vereinsverkehr geltenden Bestimmungen und Gebührenätzen zugelassen. Die Aufnahme von Wechselprotektion sowie die Nachsendung einzelner Auftragspapiere werden von der serbischen Postverwaltung vorerst nicht vermittelt.

† **Vortrag über London.** Der hier durch seine physikalischen Experimentalarbeiten u. a. über drahtlose Telegraphie bekannte Dr. phil. W. Schapire, Dozent an der Lesinghohschule in Berlin, hat gestern im Museumsaal einen Projektionsvortrag über London gehalten. Nach einer sehr allgemein gehaltenen Einleitung gab er Erläuterungen zu den anschaulichen circa 140 Lichtbildern, die mit einigen kleinen Unterbrechungen gut funktionierten und ein interessantes Bild von dem Verkehr, dem Straßen- und Gesellschaftsleben, dem Sport und der Arbeit, dem Glanz und dem Glend der gewaltigen Siebenmillionenstadt gaben. Der fast zweistündige Vortrag wurde von dem zahlreich erschienenen Publikum recht beifällig aufgenommen.

Z.B.M.u.H. (Schneebeobachtungen.) Der auf den Bergen liegende Schnee hat in der verflohenen Woche noch weiter abgenommen. Am Morgen des 28. März (Samstag) sind noch gelegen in Furtwangen 46, beim Feldberger Hof 230, in Litzsee 32, in Bonndorf 11, in Hörschwand 65, in Bernau 78, in Gersbach 26, in Todtnauberg 94, in Deubronn 37, in St. Margen 36, in Kniebis 78, in Breitenbrunn 39, in Herrenwies 36 und in Kalltenbrunn 50 cm. Von den Reststellen in Dürheim, Stetten a. L. und Heiligenberg ist die geschlossene Schneedecke verschwunden.

† (Aus dem Polizeibericht.) In verflohenen Nacht entstand in dem Kneiplokal einer Studentenverbindung im „Cafe Nowad“ auf bis jetzt unauferklärte Weise ein Brand, welcher einen größeren Gebäudeschaden verursachte. Das Feuer wurde erst heute früh 6 Uhr von einem Tagelöhner entdeckt und konnte von den Hausbewohnern und der unterdessen alarmierten Feuerwehr gelöscht werden. — Gestern nachmittag wurde Ede Kaiser- und Ritterstraße eine Frau beim Ueberfahren der Kaiserstraße, aus eigener Unachtsamkeit von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Verletzungen hat die Ueberfahrere nicht erlitten. Der Vorfall hatte

eine Menschenansammlung verursacht. — In der Nacht zum 27. März stahl ein angeblicher Dofner aus Mundenheim in einem Gasthause auf der Kaiserstraße, wo er übernachtete, Bettstühle im Werte von 34 M. — In einem Gasthause in der Kronenstraße wurde einem Möbelpacker aus Rheinzabern von einem Kellner, mit dem er in Wortwechsel geriet, ein Stuhl auf den Kopf geschlagen. Er erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er nach dem Krankenhause verbracht werden mußte. — Am 28. d. M. stahl ein Unbekannter aus dem Hofe einer Wirtschaft beim Mühlburger Tor ein Fahrrad, Marke „Brennabor“, im Werte von 70 M. — In einer Wirtschaft in der Augartenstraße ließ sich in der Nacht zum 29. März ein Unbekannter einschließen und stahl aus der Büfettasse etwa 20 M. — Verhaftet wurden drei Italiener, die in der Nacht zum 29. d. M. in der Bahnhofrestauration 3. Klasse einem Dienstmädchen sein Portemonnaie mit 25 M. Inhalt stahlen und diesen Betrag unter sich teilten.

* **S. Mannheim, 31. März.** Bei den Wagnerfreunden dürfte die Trauerkunde überaus schmerzliche Empfindungen auslösen, daß Samstag nacht im Alter von nahezu 78 Jahren einer der hervorragendsten Wagnerianer, Emil Sedel, an Altersschwäche verschieden ist. Weiß doch jeder, der in der Wagnerliteratur bewandert ist, daß Sedel zu denen gehörte, die dem Wagnerischen Genius in erster Linie zum Siege verholfen haben. Musikalienhändler Ernst Sedel, ein Sohn des Theaterkomiteepäsidenten Karl Ferdinand Sedel, war es, der im Mai 1871 durch die Gründung des ersten Wagnervereins den Anstoß zu einer lebensvollen Bewegung gab. Der weitsehenden, praktischen Initiative Sedels gedenkt Wagner mit folgenden warmen Worten: In Mannheim rief ein bis dahin persönlich mir unbekannter, vorzüglich tatkräftiger Freund meiner Kunst und meiner Tendenzen, von gleich ernstlich gewogenen Genossen unterstützt, einen Verein zur Förderung des von mir angekündigten Unternehmens (Festspielidee) ins Leben, welches sich fortan, allem Hohn zum Trotz, hien den Namen „Richard Wagnerverein“ erhielt. Bald darauf gab Wagner selbst der Mannheimer Gemeinde die Weisung durch sein demütiges Konzepts vom 20. Dezember 1871, da er mit dem Mannheimer und Karlsruher Hoftheaterordesher gab und dem außer dem Großherzoglichen Hofe kunstbegeisterte Scharen aus Nah und Fern beizubringen. Der tiefe Eindruck, den dieses Konzert hervorrief, leitete den Umschwung in den Beziehungen des Mannheimer Hoftheaters zu Wagner ein. War doch eine der ersten Taten des Kapellmeisters Ernst Frank, des Nachfolgers Lachners, die 1873 erfolgte reichlose Lobengrinnauführung, die von Wagnerfreunden, wie Richard Wohl, als eine der erfreulichsten Aufführungen seit einer Reihe von Jahren bezeichnet wurde. Getreulich hat Sedel die Sorgen der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts mit Wagner geteilt. Als endlich nach mannigfachen Schwierigkeiten 1876 das nationale Festspielhaus in Weimereuth durch den „Ring des Nibelungen“ seine Weihe erhalten hatte, rief Wagner dem Fremde zu: „Freund Sedel, es war doch gut!“ Und wenn er ihm im April 1877 schrieb: „Geben Sie mir ein langes Leben, jedenfalls noch um ein gehöriges länger, als das meinige, damit nach meinem Tode doch jemand da ist, der — an sich — einen Stamm bildet für die weitere Pflanzung“, so erhielten diese Worte ganz besondere Bedeutung, als Sedel kurz darauf als Präsident des Theaterkomitees die Leitung der Mannheimer Bühne übernahm. Am 13. und 14. April 1879 gelang ihm nach viermonatiger Vorbereitung eine Tat, die unter ihren Ehrentagen in vorbestimmter Reihenfolge zu werden verdient, eine reichlose Wiedergabe des „Meinungs“ und der „Waldkühe“, die allen Zweifel an der Durchführbarkeit glänzend widerlegte. Dem Sieg, dem viele auswärtige Kunstfreunde beizuwohnten, kam um so höhere Bedeutung zu, als diese tief in den Organismus des Theaters einschneidende Tat zu einer Lebens- und Systemfrage geworden war. In den Jahren 1884 und 1885 folgten „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ und im Dezember 1889 wurde mit „Tristan und Isolde“ die Reihe der den Bühnen freigegebenen Werke geschlossen. Mannheim darf sich rühmen, daß in seinen Mauern das erste öffentliche Wagnerdenkmal errichtet wurde. Wenige Jahre nach des Meisters Tod, am 15. September 1887, wurde es am Sedelischen Haus in der Kunsthofstraße in Gestalt einer Marmorlokalbühne erbaut. Sedel, mit dem lang herabwallenden Bart eine der markantesten Persönlichkeiten, hat seine Hofmusikalien- und Kunsthandlung, die bedeutendste und tonangebende unserer Stadt, zu hoher Blüte gebracht. Er hinterläßt zwei Söhne, die das Geschäft schon in den letzten Jahren führten. Der eine Sohn, Herr Karl Sedel, hat sich auch als Kunstschriftsteller hervorgetan.

* **Baden, 31. März.** Zum Bericht über die Feier des 70. Geburtstages des früheren Oberbürgermeisters von Baden-Baden, Dr. Gönner, ist noch nachzutragen, daß das Präsidium der Zweiten Kammer mit einem warmempfindenden Gratulationschreiben des Präsidenten Ehrenbach eine Blumenpende sandte, ebenso die Zentrumsfraktion und die demokratische Fraktion. Von der nationalliberalen Fraktion fand sich eine Abordnung mit dem Fraktionsvorsitzenden bei dem Jubilar zur Beglückwünschung ein und überreichte dem Senior der Fraktion eine künstlerische Gabe mit Widmung. — Die Landtagsjournalisten der Zweiten Kammer gedachten des langjährigen Präsidenten und Abgeordneten in einem herzlichen Glückwunschtelegramm.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Kiel, 31. März.** Das aus den Dinienschiffen „Slawa“ und „Gefarwisch“, sowie dem Kreuzer „Wogathr“ bestehende russische Geschwader ist heute vormittag in den hiesigen Hafen eingelaufen.

* **Darmstadt, 31. März.** Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin von Wales sind heute vormittag 9.12 Uhr mittels Sonderzug von hier nach Paris abgereist, wofür ein 14tägiger Aufenthalt vorgesehen ist. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnhofe eingefunden Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin und die Mitglieder der englischen Gesandtschaft.

* **Darmstadt, 31. März.** Die Erste Kammer lehnte den von der Zweiten Kammer einstimmig angenommenen Antrag Haas und Genossen betr. die Vereins- und Versammlungsfreiheit, in welchem die Regierung ersucht wird, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die im Großherzogtum bestehende Vereins- und Versammlungsfreiheit durch das Reichsvereinsgesetz nicht beeinträchtigt werde, einstimmig ab. Der Staatsminister sprach der Ersten Kammer für die fernsten derselben der Regierung gewordene Unterstützung seinen Dank aus. In der Zweiten Kammer gaben Redner aller Parteien ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Staatsminister sich in diesem Gegenstand zu dem einstimmigen Beschluß der Zweiten Kammer gestellt habe. Die Kammer vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit.

* **Paris, 30. März.** Die Deputiertenkammer erörterte die Amnestievorlage und genehmigte mit großer Mehrheit Artikel 1, der die mit der Weinbaukrise im Süden zusammenhängenden Vergehen mit Ausnahme der Weinsäufung amnestiert. Zu Artikel 2, welcher Freizeugehen, Streifvergehen und Vergehen betreffend die möglichen Arbeitsruhe amnestieren will, erklärte Clemenceau unter starkem

Beifall, daß ausländische Beamten und die Antimilitaristen die Amnestie nicht genehmigen sollen, da dann die antipatriotische Bewegung nicht aufhören würde. Ein Amendement Semba, das die Antimilitaristen amnestieren will, wurde mit 460 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Ein Amendement, das Verleumdungsvergehen allgemein von der Amnestie ausnehmen will, wurde mit 343 gegen 235 Stimmen angenommen. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

* **Lissabon, 31. März.** Seine Majestät der König empfing gestern die Staatsbehörden, die ihm die Versicherung ihrer monarchischen Gesinnung und Treue zum Ausdruck brachten.

* **Boston, 31. März.** In den Baumwollspinnereien der New-England-Staaten ist seit gestern eine zehnprozentige Lohnverfälschung in Kraft getreten, von welcher 120 000 Arbeiter vom 6. April ab betroffen werden.

Verschiedenes.

* **Berlin, 30. März.** Die Zeichnungen auf die fünfprozentige kaiserlich-chinesische Tientsin-Rudow-Staatseisenbahn-Anleihe von 1908 sind bei den deutschen Zeichnungsteilnehmern bereits heute nachmittag geschlossen worden, während Zeichnungen auf den englischen Teil der Anleihe voraussichtlich auch noch morgen entgegengenommen werden. Die deutschen Zeichnungen gingen in so starkem Maße ein, daß eine nicht unerhebliche Reduktion wird stattfinden müssen.

* **Berlin, 31. März.** Der Termin für die Revisionsverhandlung im Prozeß Koltke-Harden ist auf den 3. Mai anberaumt worden. Die Revision des Angeklagten behauptet 53 Verträge gegen das Gesetz.

* **Hamburg, 30. März.** In Anwesenheit Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg fand heute nachmittag die Schlußbesichtigung des Schulschiffes „Großherzogin Elisabeth“ statt. Infolge der Besetzung des Bürgermeisters Dr. Mönckberg war der hamburgische Senat nicht vertreten. Am Schluß der Besichtigung gedachte der Großherzog in einer Ansprache des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Mönckberg, der den Bestrebungen des Vereins in Hamburg die Bahn geebnet habe; deshalb werde sein Name stets im Verein hochgehalten werden. Direktor Dr. Bramsloe sprach namens des Schulschiffvereins seine Anerkennung über die vorgeführten Exerziten aus. Sodann begaben sich die Teilnehmer an Bord des Dampfers „Cap Arcona“, wo ein von der Hamburg-Amerika-Linie gebotenes Festmahl stattfand, an dem auch Generaldirektor Ballin teilnahm.

* **Leipzig, 31. März.** Geheimrat und Domherr des Hochstiftes Meißen, Professor Dr. theol. et phil. Gustav Adolf Friede, Senior der Universität Leipzig, ist im Alter von 86 Jahren gestorben.

* **Strasbourg, 31. März.** Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag, den 1., 2. und 3. April, finden in den Morgenstunden internationale wirtschaftliche Ballonaufstiege statt. Der Fieber eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Industrie, Handel und Geldwesen.

Bei der Preussischen Zentral-Votenkredit-Anstaltengesellschaft erfolgt eine neue Ausgabe von unverlosbaren 4proz. Kommunal-Obligationen vom Jahre 1908, welche sich im wesentlichen von den bereits im Umlauf befindlichen 4prozentigen dadurch unterscheiden, daß sie bis zum Jahre 1917 unfindbar ist. Eine Auslosung findet auch bei dieser Anleihe überhaupt nicht statt. Eine etwaige Rückzahlung kann nur nach vorausgegangenem sechsmonatlicher Kündigung des gesamten Betrages oder einzelner Serien frühestens vom 2. Januar 1917 erfolgen und zwar nur innerhalb der ersten 8 Tage des Monats Januar bezw. Juli, so daß sich die Kontrolle außerordentlich vereinfacht. Die Kommunal-Obligationen sind nach dem Gesetz in Preußen mündelsichere Papiere, d. h. es können darin die Kapitalien von Minorennen und Kapitalien von Sparcassen, Stiftungen, Kirchen, Gemeinden usw. angelegt werden, für welche die Bestimmungen über Verwaltung von Mündelvermögen anzuwenden sind. Zu der am Sonnabend den 4. April d. J. stattfindenden Subskription auf 16 000 000 Mark 4 Proz. Kommunal-Obligationen ist der Zeichnungspreis auf 98,60 Proz. festgesetzt. Die Einföhrung und erste Kursnotiz an der Berliner Börse wird gegen Mitte April d. J. erfolgen. Die Stücke sind in Abschnitten zu 5000, 3000, 1000, 500, 300 und 100 M. ausgefertigt und mit Zinscheinen, per 2. Januar und 1. Juli fällig, versehen. (Vgl. das Inserat in der Nr. 104.)

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe:

Mittwoch, 1. April. Abt. B. 51. Ab.-Vorst. „Cavalleria rusticana“ (Sizilianische Bauernchöre), Melodrama in einem Akt von Mascagni. — „Die Puppenfee“, Ballettdivertissement. Anfang 7 Uhr, Ende 1/10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 31. März 1908.

Ganz Nord- und Mitteleuropa steht heute unter der Schicht einen tiefen bei den Shetlandinseln gelegenen Depression, die weit nach Süden hin ausgebreitet ist. Das Wetter ist deshalb in Deutschland trüb, mild und regnerisch. Hohen-Druck lagert im Südwesten Europas und über dem Innern Rußlands. Meist trübes und etwas kühleres Wetter mit weiteren Niederschlägen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 31. März, früh:

Lugano halbbedeckt 4 Grad, Biarritz bedeckt 13 Grad, Nizza wolftig 9 Grad, Triest heiter 8 Grad, Florenz bedeckt 7 Grad, Rom Nebel 6 Grad, Cagliari halbbedeckt 11 Grad, Brindisi wolkenlos 12 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Abw. Feucht. in mm	Feuchtigk. in Proz.	Wind	Wimmel
30. Nachts 9 ⁰⁰ U.	752.8	9.8	5.8	64	WSW	bedeckt
31. Mrgs. 7 ⁰⁰ U.	747.9	9.1	6.5	75	SW	„
31. Mrgs. 9 ⁰⁰ U.	746.2	9.2	6.2	71	„	„

Höchste Temperatur am 30. März: 13.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 7.6.

Niederschlagsmenge des 30. März: 0.6 mm.

Wasserstand des Rheins am 31. März, früh: Schutterinsel 1.55 m, gestiegen 20 cm; Rehl 1.98 m, gestiegen 1 cm; Maxan 3.48 m, gefallen 2 cm; Mannheim 2.76 m, gefallen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe. Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Statt besonderer Anzeige.

Gestern abend 10 Uhr verschied plötzlich an einem Herzschlag unser innigstgeliebter Gatte, Vater, Schwiegervater und Grossvater

Herr Oberbürgermeister Dr. Otto Beck

im 62. Lebensjahre.

Mannheim, den 31. März 1908.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. April, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle aus statt. — Blumenspenden dankend verboten.

Strematoriums-Konkurrenz.

Das Ergebnis der preisrichterlichen Entscheidung war folgendes:

1. Preis (1500 Mark) Herr Architekt Emil Bopp aus Karlsruhe,
2. Preis (900 Mark) Herr Architekt Hertel in Badenweiler,
3. Preis (600 Mark) Herr Architekt L. Sengst in Baden-Baden.

Zum Ankauf empfohlen:

1. Projekt von Herrn Architekt Josef Kerbel in Freiburg i. Br.
2. Projekt von Herrn Architekt Willy Wersch in Freiburg i. Br.
3. Projekt von Herrn Architekt Manfred Maier in Heidelberg.

Die Ausstellung der Pläne findet im Kaufhaussaale bis Freitag den 10. April d. J. statt.

Freiburg im Breisgau, den 30. März 1908.

Städt. Hochbauamt.
Thoma.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen.

In der heute stattgehabten Generalversammlung wurde vom Gewinnsaldo des Jahres 1907 für die Aktien Lit. A von fl. 1000.— eine Dividende von **Mark 100.—**, für die Aktien Lit. B von fl. 500.— eine solche von **Mark 50.—** festgesetzt, welche an der Gesellschaftskasse, sowie bei den auf den Dividendenscheinen bezeichneten Bankhäusern sofort erhoben werden kann. Es wird dabei bemerkt, daß an Stelle des Bankhauses M. A. von Rothschild & Söhne die **Direktion der Discountgesellschaft in Frankfurt a. Main** die Einlösung der Dividendenscheine vorzunehmen wird.

Ettlingen, den 30. März 1908.

Der Aufsichtsrat.

Grosse Badener Geld-Lotterie

zu Gunsten d. Hamilton-Palais

Ziehung 25. April

3288 Bargewinne ohne Abzug.

45 800 M.

1. Hauptgewinn

20 000 M.

3287 Gewinne

25 800 M.

Los 1 M. Porto u. Liste 30 Pfg.

versendet das General-Debit

J. Stürmer, Strassburg i. E.

In Karlsruhe: **Carl Götz,**

Hebelstr. 11/15.

Konkursöffnung.

D. 374. Ettlenheim. Ueber das Vermögen der Firma C. Bosc Nachfolger, Inhaber Leopold Bosc in Ringsheim, wird heute am 30. März 1908, vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Albert Dietsche hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 21. April 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlusfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf:

Dienstag, den 28. April 1908, vormittags 9 1/2 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 21. April 1908 Anzeige zu machen.

Ettlenheim, den 30. März 1908.

Großh. Amtsgericht.

des P. A. K. A. n.

Dies veröffentlicht:

Der Gerichtsschreiber: Kunz.

D. 314. Nr. 2994. Mannheim.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft „Cigarettenfabrik“ in Mannheim ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin anberaumt auf:

Freitag, den 10. April 1908,

vormittags 9 Uhr,

vor dem Amtsgerichte hier selbst, II. St., Zimmer Nr. 111.

Mannheim, den 24. März 1908.

Großh. Amtsgerichts 3:

Heid.

Badung.

D. 285.32. Nr. 9227. Offenburg.

1. Blasius Mater genannt Dilger, Heizer, geb. am 8. April 1888 zu Trüben, zuletzt daselbst wohnhaft,

2. August Friedrich Aberte, Fabrikarbeiter, geb. am 16. Dezember 1885 zu Hornberg, zuletzt daselbst wohnhaft, z. Zt. in Philadelphia,

3. Robert Dold, Mechaniker, geb. am 18. April 1884 in Schönwald, zuletzt daselbst wohnhaft, z. Zt. in Baltimore (N.-Amerika),

4. Leo Schweinfurth, Schreiner, geb. 10. Februar 1885 in Steinbach, zuletzt daselbst wohnhaft, z. Zt. in Reading-Hamilton-County-Ohio, werden

beschuldigt, daß sie in nicht verjährter Zeit als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebiet verlassen haben, oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten, — Bergehen strafbar nach § 140 Ziffer 1 R. St. G. B. —

Dieselben werden auf

Donnerstag den 14. Mai 1908,

vormittags 9 Uhr,

vor die I. Strafkammer Großh. Landgerichts Offenburg zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Zivilvorsitzenden der Erstkammer Erberg bzw. Bühl über die der Anklage zugrunde liegenden Tatsachen ausgestellten Erklärung verurteilt werden.

Offenburg, den 18. März 1908.

Der Großh. Erste Staatsanwalt.

Grosch.

Bekanntmachung.

Aus der Bernhard Dessauer-Stiftung ist eine **Heiratssteuer**

im Betrage von: P. 708.32

857,14 M.

zu vergeben.

Etwaige Bewerbungen sind unter Nachweis des Grades der Verwandtschaft mit dem Stifter nebst dem Geburts- und Leumundszeugnis bis

1. Juni d. J. anher einzureichen.

Mannheim, den 3. März 1908.

Die Verrechnung der Bernhard Dessauer-Stiftung.

Schorisch.

Bekanntmachung.

Aus der Aron Daniel Cabu-Stiftung in Mannheim ist eine **Heiratssteuer**

im Betrage von: P. 709.32

355,88 M.

an Verwandte des Stifters oder dessen Ehefrau Schöbche Cabu zu vergeben.

Waisenlose Waisen sollen bevorzugt werden.

Im Falle sich keine mit dem Stifter oder dessen Ehefrau verwandte Bewerberinnen melden, können auch nicht verwandte Mädchen berücksichtigt werden.

Etwaige Bewerbungen sind mit Zeugnissen über Geburt, Leumund, Bedürftigkeit und Nachweis des Grades der allenfallsigen Verwandtschaft mit dem Stifter oder dessen Ehefrau unter Anschluß der Bescheinigung, ob die Eltern noch am Leben sind oder nicht, bis

1. Juni d. J. anher einzureichen.

Mannheim, den 3. März 1908.

Die Verrechnung der Aron Daniel Cabu-Stiftung.

Schorisch.

Bekanntmachung.

Aus der Deborah Langenbach-Stiftung ist eine **Heiratssteuer**

im Betrage von:

1028,57 M.

an eine Verwandte der Stifterin zu vergeben.

Etwaige Bewerbungen sind unter Nachweis des Grades der Verwandtschaft mit der Stifterin nebst dem Geburts- und Leumundszeugnis bis

1. Juni d. J. anher einzureichen.

Mannheim, den 3. März 1908.

Die Verrechnung der Deborah Langenbach-Stiftung.

Schorisch.

Kontrollen gesucht.

Wir haben die Stelle eines **Kontrollen** neu zu besetzen.

Im **Sparassenen** erfahrene Bewerber wollen sich unter Bezeichnung der Gehaltsansprüche bis

1. Mai melden.

D. 388.31

Sparasse Schoppsheim i. W.

Holzverfeinerung.

Großh. Forstamt Mittelberg (Ettlingen) verleiht unter den üblichen Bedingungen aus dem Distrikt Mittelberg **Montag den 6. April 1908, vormittags 10 Uhr**, im

Straußwirtschaus zu Moosbrunn:

2 Eichen III. und V., 11 Buchen I. und II., 95 Nadelholzbestandungen I., 460 Ster buchenes, 31 Ster tannenes

Schichtholz, 261 Ster buchenes, 41 Ster gemischtes Laub- und 41 Ster Nadelholzprägeholz, 3580 Stück buchene und gemischte Normalwecken.

D. 362.21

Forstwart Kraß in Mittelberg (Post Bülkersbach) gibt auf Verlangen nähere Auskunft.

Rhein- und Main-Umschlagstaxi vom 1. November 1901, betr. den Verkehr zwischen Österreich und Belgien-Holland.

Mit Gültigkeit vom 10. April 1908 wird die Station Fartlesdorf der k. k. österreichischen Staatsbahnen in die Ausnahmetarife 21 II und 23 II aufgenommen.

Die Frachtsätze betragen für 100 kg im Verkehr nach Mannheim transit und Mannheim Industriezweigen transit bei Ausnahmetarif

21 II (Holzstoffpappe) 210 Pf.

23 II (Papier) 195 Pf.

Karlsruhe, den 23. März 1908.

Großh. Generaldirektion

der Bad. Staatsbahnen.